

Mittelstandsvereinigung der CDU kritisiert Kreistagsfraktions-Vorsitzenden / Fahrplan nach Treffen mit Landrat

SPD/CDU: Kali-Beschluss bis März

LANDKREIS. Nachdem der Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion, Friedhelm Prior, wegen seines Konfrontationskurses in der Kali-Debatte bereits von seinem Vorgänger, Christian Berndt, kritisiert worden war, folgt nun eine weitere Schelte aus der eigenen Partei. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU (MIT) sorgt sich, dass die Region ein wirtschaftsfeindliches Image bekommen könnte. Der Vorsitzende des MIT-Bezirksverbands, Mirco Weiß, fordert, die CDU-Kreistagsfraktion müsse „konstruktiv an einem schleunigen Verfahren mitwirken, damit einem potentiellen Investor Sicherheit gegeben werden kann“. Prior selbst will sich nicht zu Weiß' Kritik äußern, er verweist darauf, dass außer Christian Berndt alle Mitglieder der CDU-Fraktion den Weg mitgingen.

Wie bereits berichtet, hatte der Kreisumweltausschuss eine

Entscheidung über mögliche Salzwassereinleitungen des Konzerns K+S in die Innerste nach einer möglichen Inbetriebnahme des Kalibergwerchs in Giesen vertagt. Die Politiker fordern eine weitere Beteiligung der Verbände und Gemeinden, Prior hatte die Entscheidung maßgeblich vorbereitet, sich bewusst auf Konfrontationskurs zur Kreisverwaltung begeben.

„Die Verzögerung des Verfahrens über den Beschluss der Salzwasser-Einleitung ist äußerst beunruhigend und steht einer ordnungspolitisch ausgerichteten Partei wie der CDU nicht gut zu Gesicht“, urteilt nun Mirco Weiß im Namen der CDU-Mittelständler. Während Prior Richtung Landkreis ausgeteilt hatte („Die Kreisverwaltung hat gar nichts zu entscheiden!“), setze die MIT „volles Vertrauen in jene Behörden, die sich tagtäglich mit derlei Genehmigungsverfahren beschäftigen“, so Weiß. Sein Apell: „Wir dür-



Friedhelm Prior (CDU), vorne Klaus Bruer (SPD). FOTO: FUHRHOP

fen Genehmigungsverfahren nicht zum Politikum werden lassen.“

Prior verweist im Gespräch mit dem KEHRWIEDER erneut darauf, dass es um Gründlich-

keit gehe. „Wir brauchen eine rechtlich saubere Lösung.“ Wenn das zuständige Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) die Salzeinleitung sowie die Aufschüttung eines neuen Kalibergs als Stand der Technik und unausweichlich anerkenne, müsse das ausführlicher begründet werden als bisher geschehen. Zusammen mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Klaus Bruer hat Prior nach einem Treffen mit Kreisdezentrat Helfried Basse und Landrat Olaf Levonen den Fahrplan der schwarz-roten Mehrheitsgruppe bis zu einer Entscheidung festgelegt. „Schnellstmöglich“ solle sie fallen, spätestens aber in der Kreistagssitzung im März. Bis dahin will sich eine Arbeitsgruppe aus SPD- und CDU-Mitgliedern noch mit Umweltschutzverbänden, Umweltminister Olaf Lies sowie Vertretern von K+S und dem LBEG treffen, um weitere Fragen stellen zu können. jan